

Frieden schaffen, Ernährungssouveränität sichern, Lebensgrundlagen erhalten

März 2022

Bäuerliche Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und weltweit

1) Es muss uns zuallererst um die Menschen und um den Frieden gehen

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. ist in tiefer Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Unsere Gedanken sind bei allen Menschen, die Krieg erleben und auf der Flucht sind. Wir verurteilen den Aggressionskrieg gegen die Ukraine aufs Schärfste. Wir sind aber auch in Solidarität mit denjenigen, die in Russland gegen den Krieg demonstrieren und dafür schwere Repressionen hinnehmen müssen. Deshalb rufen wir unsere Mitglieder auf, den notleidenden Menschen zu helfen. Zusammen mit anderen Organisationen und Verbänden und den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern wollen wir alles tun, um z.B. den Flüchtenden und den Geflüchteten in ihrer verzweifelten Situation ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

2) Menschen machen Krieg, Menschen müssen für Frieden sorgen

Die AbL hat von Beginn an die Friedens-Demonstrationen für die Menschen in der Ukraine, aber auch für die kritischen Menschen in Russland unterstützt, u.a. war die AbL Unterstützerin der Großdemonstration in Berlin am 27. Februar 2022. Wir werden uns an weiteren Demonstrationen beteiligen, um in der Welt ein deutliches Zeichen zu setzen:

Dieser Krieg muss gestoppt werden! Die Bundesregierung in Berlin und die Europäische Union in Brüssel müssen alle Kräfte darauf verwenden, dass der russische Überfall und die kriegerische Aggression gegen die ukrainische Bevölkerung beendet werden.

80 Jahre nach dem Überfall der Nationalsozialisten auf die Sowjetunion, bei dem auch über die Ukraine großes Leid gebracht wurde, haben wir in Deutschland eine besondere Verantwortung. Wir müssen uns vehement für den Frieden, für die Menschen und die Menschenrechte in der Ukraine und auch in Russland einsetzen. Es sind Menschen, vor allem die Verantwortlichen in der Politik, die Frieden schaffen können. Das gelingt nicht, wenn sie sich vom Streben nach Macht, nach wirtschaftlichen Profiten und geostrategischen Interessen leiten lassen.

Dabei denken wir auch an die Menschen im Jemen, in Syrien, in Afghanistan, in Mali und anderen Regionen, die bei den aktuellen Ereignissen leicht in Vergessenheit geraten.

3) Der Krieg wird erhebliche soziale und wirtschaftliche Folgen haben

Wir können die tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges noch nicht in ihrer Gänze absehen. Wir wissen aber, dass die Auswirkungen gravierend sein werden. Hunger hat strukturelle Ursachen und muss auch strukturell angegangen werden. Es zeigt sich deutlicher denn je: Um drohende Hungersnöte nicht zuletzt in Asien und Afrika abzuwenden, sind resiliente Agrarsysteme unverzichtbar. Zugang zu Land, Wasser, Saatgut, Betriebsmitteln und Bildung sind bäuerliche Grundrechte, die weltweit durchgesetzt werden müssen.

Auch auf Betrieben hierzulande sind seit vielen Jahren oft die Kosten nicht gedeckt. Die Erlöse für landwirtschaftliche Erzeugnisse haben sich seit Ende letzten Jahres zum Teil erholt - werden aber durch die aktuellen dramatischen und spekulativen Preissteigerungen bei Treibstoffen, Futter- und Düngemitteln aufgeessen. Das gefährdet auch unsere landwirtschaftlichen Existenzen.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir alle zusammen die Verantwortung übernehmen, wir Bäuerinnen und Bauern, die Verarbeitungsunternehmen, der LEH, die Zivilgesellschaft, der Handel, die Politik. Wir müssen jetzt faire Rahmenbedingungen schaffen und mit Leben füllen, um die herausfordernde Situation gemeinsam zu meistern.

4) Die ökologischen Krisen bleiben drängende Herausforderungen

Die aktuelle Agrarpolitik verfehlt die Ziele beim Schutz des Klimas und der Biodiversität, beim Umbau der Nutztierhaltung, beim Ausbau des Ökolandbaus sowie einer zielgerichteten Einkommensstützung der Landwirt:innen. Trotzdem werden angesichts des Kriegs gegen die Ukraine Stimmen laut, welche die zaghafte Verbesserungen in der Agrarpolitik grundsätzlich in Frage stellen: Die notwendigen Ziele des Green-Deal, der Farm to Fork- und der EU-Biodiversitätsstrategie sollen nicht weiterverfolgt werden. Auch die Lebensmittelstandards und die Sicherung einer gentechnikfreien Landwirtschaft werden in Frage gestellt.

Die AbL verurteilt das Vorgehen aller Akteure, die den Krieg für die Durchsetzung ihrer Interessen instrumentalisieren. Die Biodiversitäts- und Klimakrise sowie die Reinhaltung von Luft und Wasser bleiben auch in der aktuellen Situation drängende Herausforderungen, denen politisch begegnet werden muss. Sie müssen zudem sehr viel stärker als bisher mit der Frage der sozialen Gerechtigkeit verknüpft werden. Nur so lässt sich ein langfristig resilientes Ernährungssystem sicherstellen.

Darauf kommt es jetzt an:

- 1) Wir müssen die internationalen Abhängigkeiten hinterfragen und die Importe und Exporte auf den Prüfstand stellen
- 2) Wir müssen Ernährungssouveränität und die Bekämpfung des weltweiten Hungers in den Mittelpunkt stellen
- 3) Wir müssen den ökologischen Krisen unserer Zeit auch weiterhin politisch begegnen und hierfür die Ziele des Green Deal, der Farm to Fork- und der EU-Biodiversitätsstrategie weiterverfolgen und mit sozialer Gerechtigkeit und Ernährungssicherheit in Einklang bringen
- 4) Wir müssen Klimagerechtigkeit zur Grundlage unseres Handelns und der politischen Entscheidungen machen, ausgehend vom jüngsten IPCC-Bericht
- 5) Wir müssen unser Ernährungsverhalten anpassen, d.h. geringerer Fleischkonsum, weniger Lebensmittelverschwendung, regionale und saisonale Ernährung für höhere Wertschöpfung auf den Betrieben
- 6) Wir müssen den Energieverbrauch reduzieren, die erdölbasierte Produktion hinterfragen, die viel zu hohen Abhängigkeiten von fossiler Energie begrenzen und Erneuerbare Energien erheblich ausbauen
- 7) Wir müssen dafür sorgen, dass die Spekulation mit Nahrungs- und Futtermitteln verboten wird.

Über all diese Punkte ist jetzt die Debatte zu führen.

In einer Zeit, in der unweit von Deutschland Millionen Menschen um ihr Leben bangen und viele sterben, in der Atomstreitkräfte in Alarmbereitschaft versetzt sind, lehnt die AbL es ab, politisch übereinander „herzufallen“. Wie respekt- und würdelos ist das gegenüber leidenden Menschen im Krieg! Ist es nicht viel wichtiger für uns alle, in diesen bewegten Zeiten inne zu halten, an Millionen verzweifelter Menschen zu denken und praktische Hilfe zu leisten anstatt uns über Turbulenzen an den Agrarbörsen aufzuregen? Es sollte selbstverständlich sein, einander mit Respekt zu begegnen und verantwortungsvoll die politischen, auch die agrarpolitischen Konsequenzen, zu diskutieren. Wie können wir eine neue Friedensordnung in der Welt schaffen, in der statt Macht- und Profitgier die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen, der Erhalt bäuerlicher Landwirtschaft weltweit, die Ernährungssouveränität, die umweltschonende Erzeugung von Lebensmitteln, die Achtung der Menschenrechte und die Herstellung von Klimagerechtigkeit im Zentrum stehen?

Wir, die AbL, sind zur Diskussion bereit.